

STEINRATHS ÜBERNIMMT POLITISCHE PATENSCHAFT

Politische
Patenschaft



Der hessische Landtagsabgeordnete Frank Steinraths (CDU) übernimmt die politische Patenschaft für den verschleppten ukrainischen Zivilisten Kostiantyn Zinovkin. Foto Pate: Pressefoto.

Willkürliche Gefangenschaft für ukrainischen Zivilisten Landtagsabgeordneter Frank Steinraths übernimmt politische Patenschaft für den verschleppten Kostiantyn Zinovkin

Frankfurt am Main, 08.01.2025 – Gegen die willkürliche Inhaftierung von ukrainischen Zivilisten: Der hessische Landtagsabgeordnete Frank Steinraths (CDU) hat im Dezember 2024 die politische Patenschaft für den verschleppten Ukrainer Kostiantyn Zinovkin übernommen und fordert dessen sofortige Freilassung. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, dass Russland die Gefangenschaft leugnet, obwohl ein willkürliches Strafverfahren gegen Kostiantyn Zinovkin eingeleitet wurde.

Kostiantyn Zinovkin ist von Beruf Ingenieur und wollte sich in seiner Heimatstadt Melitopol mit einer Metallwerkstatt selbstständig machen. Im Mai 2023 verließ Kostiantyn sein Haus und kehrte nicht mehr zurück. Heute ist bekannt, dass er vom russischen Militär entführt wurde und sich in russischer Gefangenschaft befindet. Am 14. August 2023 teilte die Staatsanwaltschaft Melitopol seiner Ehefrau mit, dass gegen ihren Ehemann ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Im März 2024 wurde bekannt, dass Kostiantyn in ein Untersuchungsgefängnis in der Stadt Mariupol in der Region Donezk verlegt worden war.

[Vorstellung der Jahrbücher Religionsfreiheit 2024](#)

Weltweit gibt es kaum eine Region, in der sich die Lage der Religionsfreiheit verbessert hat. Am 5. Dezember wurden die Jahrbücher „Religionsfreiheit“ 2024 in Berlin vorgestellt.

[Religionsfreiheit weltweit: Eine Bilanz für das Jahr 2024](#)

Am 5. Dezember 2024 lud die Evangelische Allianz in Deutschland zur Pressekonferenz nach Berlin ein, um die Jahrbücher über „Religionsfreiheit“ vorzustellen. Die Bilanz ist deutlich: In kaum einer Region der Welt hat sich die Lage der Religionsfreiheit verbessert.

Weitere Meldungen